

Änderungsantrag

der Fraktion Die Linke

zum Antrag der Piratenfraktion

Kein TTIP mit uns! – Berlin verlangt den Abbruch der Verhandlungen zum geplanten Freihandelsabkommen

- Drs. 17/1520 -

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Antrag wird wie folgt geändert:

1. Der Titel des Antrags erhält folgende Fassung:

„Kein TTIP und kein CETA mit uns! – Berlin verlangt den Abbruch der Verhandlungen zum geplanten Freihandelsabkommen mit den USA und die Ablehnung des Freihandelsabkommens mit Kanada“

2. Punkt 1. wird wie folgt geändert:

„Das Abgeordnetenhaus fordert den Berliner Senat auf, sich auf allen politischen Ebenen dafür einzusetzen, dass die derzeit laufenden Verhandlungen zur Transatlantic Trade and Investment Partnership (TTIP) beendet werden. Es fordert den Berliner Senat auf, der Ratifizierung des Comprehensive Economic and Trade Agreement (CETA) im Bundesrat nicht zuzustimmen.“

3. a) Im Punkt 2. werden die Worte „nach dem vorliegenden Vertragsentwurf“ durch die Worte „nach den vorliegenden Vertragsentwürfen“ ersetzt.
b) Im Punkt 2. wird nach den Worten „-qualität und -kennzeichnung“ „öffentliche Dienstleistungen und Daseinsvorsorge“ eingefügt.

4. Im Punkt 4. werden die Worte „den im TTIP angestrebten Investitionsschutz“ durch die Worte „den in beiden Abkommen angestrebten Investitionsschutz“ ersetzt.
 5. a) Im Punkt 5. werden die Worte „des Freihandelsabkommens hinsichtlich seiner Intransparenz“ durch die Worte „der Freihandelsabkommen hinsichtlich ihrer Intransparenz“ ersetzt.
b) Im Punkt 5. werden die Worte „wie das TTIP“ gestrichen.

Begründung:

Das bereits ausverhandelte Abkommen mit Kanada ist aus denselben Gründen zu kritisieren wie das TTIP. Allerdings: Es ist bereits schlussverhandelt, der Text befindet sich in den sogenannten technischen Anpassungen und soll im kommenden Jahr dem Europäischen Parlament und den nationalen Parlamenten zur Ratifizierung vorgelegt werden.

Der ausverhandelte Text ist geheim, auch diese Verhandlungen fanden unter Ausschluss der Öffentlichkeit statt.

Gerade der Deutsche Städetag und der Städte- und Gemeindebund Brandenburgs wandten sich an die Öffentlichkeit, weil die Belange der öffentlichen Daseinsvorsorge und weiterer öffentlicher Dienstleistungen gefährdet sind. Beide sehen über die Freihandelsabkommen einen erneuten Liberalisierungsdruck auf die deutschen Kommunen zukommen.

Vor dem Hintergrund unserer Erfahrungen in Berlin mit Wasser, Strom und öffentlichem Nahverkehr müssen wir diese Kritik aufgreifen. Eine funktionierende öffentliche Daseinsvorsorge und bezahlbare, qualitativ hochwertige öffentliche Dienstleistungen sind das Fundament für Chancengerechtigkeit in unserer Stadt.

Berlin, d. 18. März 2014

U. Wolf Schatz
und die übrigen Mitglieder der Fraktion
Die Linke